

BFS-TRENDINFO

6/17

Informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

Editorial

Gesundheitswirtschaft

Die Mauer muss weg!

Digitalisierung: positiv – doch der Datenschutz bereitet Bauchschmerzen

Pflege

Pflege-WGs für türkische Migranten: Am liebsten in der Großfamilie

Barrierefreies Bauen: Keine Frage der Kosten, sondern der Konzeption

Bildung

Mal eben schnell die Kita leiten?

Migration

Wie Bundesbürger zu Flüchtlingen stehen

Gesellschaft

Unbezahlte Arbeit ist weiblich

Buchempfehlung

Remo H. Largo: Das passende Leben. Was unsere Individualität ausmacht und wie wir sie leben können

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Zukunft sozialwirtschaftlicher Organisationen wird durch die Klienten bestimmt. Branchenfremde Unternehmen, die den Kunden mit seinen Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellen, treiben den Wandel sozialer Angebote voran. Dies machte der 10. Kongress der Sozialwirtschaft am 27. und 28. April 2017 in Magdeburg in verschiedenen Redebeiträgen und Diskussionsrunden deutlich.

Zwei Megatrends nahm der „Vordenker des Jahres 2017“, Agaplesion-Chef Dr. Markus Horneber, in seinem Impulsvortrag genauer unter die Lupe: die Individualisierung und die Digitalisierung. Es wurde klar: Soziale und Gesundheitsdienstleistungen müssen heute höchst flexibel und individuell an die Menschen angepasst werden. Wenn man diesen Gedanken weiterspinn, führt die Individualisierung zu einer Überwindung der Sektorengrenzen, einer „Entsäulung“ der Angebote. Einen Vorschlag, wie dies funktionieren könnte, beschreibt der Artikel „Die Mauer muss weg!“ in dieser Ausgabe der BFS-Trendinfo.

In punkto Digitalisierung sind Patienten und ihre Angehörigen oft schon viel weiter als das Sozial- und Gesundheitswesen. Durch die richtige Nutzung von Daten besteht ein riesiges Potenzial. Aber wie steht es um den Datenschutz in diesem sensiblen Bereich? Gleich mehrere aktuelle Umfragen – vom

Digitalverband Bitkom, der Techniker Krankenkasse und der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC – loten die Bereitschaft der Bevölkerung aus, digitale Gesundheitsangebote zu nutzen. Mehr dazu lesen Sie im Beitrag „Digitalisierung: positiv – doch der Datenschutz bereitet Bauchschmerzen“.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihr Bank für Sozialwirtschaft

P.S.: Einen ausführlichen Bericht über den 10. Kongress der Sozialwirtschaft finden Sie in unserer Kundenzeitschrift [BFS-Info 6/17](#)

Gesundheitswirtschaft

Die Mauer muss weg!

„Patienten stehen an erster Stelle!“, beansprucht ein Positionspapier der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eigentlich behaupten das ja alle Player des deutschen Gesundheitssystems zu ihrer Daseinsberechtigung: niedergelassene Ärzte, Krankenhäuser, Krankenkassen, Reha-Einrichtungen, der Gesundheitsminister. Eine Expertengruppe der SPD-nahen Stiftung will jetzt ernst machen mit diesem Slogan und das Gesundheitswesen komplett umbauen. Wie das funktionieren soll? Die Experten, darunter Prof. Dr. Ferdinand Gerlach, Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, setzen auf den entschlossenen Abbau der unsichtbaren Mauern zwischen den zahlreichen Akteuren der ambulanten und stationären Versorgung.

Integrierter Ordnungsrahmen statt Parallelstrukturen

Das Problem ist gut bekannt und häufig beschrieben: Das unkoordinierte Nebeneinander der Sektoren mit ihrer eigenen Logik der Leistungserbringung und Vergütung führt zu parallelen Versorgungsstrukturen, Kompetenzwirrwarr und Schnittstellenverlusten. Die Folge: Eine Über-, Unter- und Fehlversorgung zulasten des Patienten. „So schnell wie möglich“, innerhalb von zwei Legislaturperioden, so die Absicht der Experten, soll der Gesetzgeber einen integrierten Ordnungsrahmen schaffen, der eine Angleichung der Fachdisziplinen und Sektoren bewirkt. Die folgenden

Vorschläge sollen die politische und fachliche Debatte voranbringen.

Voraussetzungen für eine sektorenübergreifende Versorgung

- **Einheitliche Qualitätssicherung:** Während die Qualitätssicherungsverfahren in deutschen Krankenhäusern international vorbildlich sind, weisen sie im ambulanten Bereich große Defizite auf, beklagen die Autoren. „Transparenz für den Patienten über die Qualität der vertragsärztlichen Leistungen besteht nicht.“ Gleiches gilt für die Langzeitpflege. Daher bedürfen Praxis, Krankenhaus, Reha und Pflege einheitlicher Qualitätsstandards. Ein erster wichtiger Schritt wäre ein gemeinsames Klassifizierungssystem der Krankheiten und des medizinischen Leistungsgeschehens.
- **Informationsaustausch:** Was der Kunde im Bankensektor selbstverständlich nutzt, ist im Gesundheitsbereich noch Zukunftsmusik: ein kompatibler Informationsaustausch zwischen ambulanten, stationären und pflegerischen Versorgungssystemen, „der dem Datenschutz genügt und die Patienteninteressen wahrt.“ Wünschenswert ist die Einführung einer einheitlichen Patientenakte, fordern die Experten.

- **Hausärztliche Grundversorgung:** Die Bedarfsplanung soll künftig an einer zu versorgenden Bevölkerungszahl statt an den bisher gültigen räumlichen Planungsbereichen ausgerichtet werden. Regionale Gegebenheiten wie Morbidität und Demografie finden zusätzliche Berücksichtigung. Die kinderärztliche Versorgung wird nach gleichem Prinzip organisiert.
- **Abbau von Überversorgung:** Vertragsarztsitze fallen nach der Praxisaufgabe an die mit der Sicherstellung beauftragten Institutionen zurück.
- **Gleiche Vergütung für gleiche Leistung:** Im Vergütungssystem für die hausärztlichen Grundversorgung tritt ein pauschaler Anteil vom Honorarvolumen an die Stelle der von Patientenkontakten abhängigen Honorierung. Der Quartalsbezug des Honorars soll der jährlichen Abrechnung von Versichertenpauschalen mit monatlichen Abschlagszahlungen weichen. In der spezialisierten fachärztlichen Versorgung bedarf es eines einheitlichen Vergütungssystems für gleiche Leistungen an ambulante und stationäre Leistungserbringer, abhängig von Erkrankungsarten. Sektorenübergreifend einheitliche Fallpauschalen bieten sich an.
- **Anreiz für Hausarztmodell:** Wahltarife sollen Versicherte zur Bindung an eine koordinierende Praxis motivieren, die Befreiung von der Medikamentenzahlung kann einen zusätzlichen Anreiz bieten. Die Abweisung von Patienten durch den Arzt wegen Terminmangels ist nicht mehr statthaft.

- **Förderung der Telemedizin:** Hierzu gehören etwa die telemedizinische Erstberatung und das Telekonsil, bei dem der Allgemeinarzt noch während der Sprechstunde den Befund im Beisein des Patienten mit einem Facharzt berät. Für telemedizinische Leistungen und E-Health-Anwendungen bedarf es des Abbaus rechtlicher Hemmnisse und einer Anpassung des Vergütungssystems.

„Erdbeben im Gesundheitssystem“

Auf einer Podiumsdiskussion Anfang April in Berlin debattierten Gesundheitsexperten und die Autoren das Positionspapier. Ein Bericht der Ärzte-Zeitung darüber machte harte Konfliktlinien sichtbar. So wird KBV-Vize Dr. Stephan Hofmeister mit den Worten zitiert: „Was Sie vorschlagen, ist ein Erdbeben im Gesundheitssystem, das den Wegfall des Sicherstellungsauftrags und die Wiedereinführung des Streikrechts für Ärzte nach sich ziehen könnte.“ Dem hielten die Autoren entgegen, man beabsichtige eine Evolution, keine Revolution. Auch sei der Sicherstellungsauftrag durch die Krankenversicherungen nicht in Frage gestellt. „Neben einer Vereinheitlichung der Planungsstrukturen, der Vergütungssystematik, der Qualitätssicherung, des Klassifizierungssystems, eines standardisierten sicheren Datentransports (...) gibt es zahlreiche weitere Ansatzpunkte, die einer sektorenübergreifenden Versorgung förderlich (...) sind“, fasst das Positionspapier zusammen. Die Autoren wissen aber auch, dass alleine schon diese Sofortmaßnahmen das Bohren ziemlich dicker

Bretter erfordern.

PATIENT FIRST! Für eine patientengerechte sektorenübergreifende Versorgung im deutschen Gesundheitswesen. Positionspapier einer Expertengruppe im Rahmen des FES-Projekts „Sektorenübergreifende gesundheitliche Versorgung“, u. a. mit Volker Amelung, Ferdinand Gerlach, Matthias Grulh, WISO Diskurs, Bonn 2017, 26 Seiten, Download.

Digitalisierung: positiv – doch der Datenschutz bereitet Bauchschmerzen

Die Digitalisierung des Gesundheitswesens ist derzeit ein gefragtes Thema: Gleich mehrere aktuelle Umfragen – vom Digitalverband Bitkom, der Techniker Krankenkasse und der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC – loten die Bereitschaft der Bevölkerung aus, digitale Gesundheitsangebote zu nutzen. Erstes Fazit: Die Bundesbürger stehen einer Digitalisierung grundsätzlich positiv gegenüber und erhoffen sich zum Beispiel durch eine Online-Sprechstunde einfachere Kommunikation mit dem Arzt. Eine zunehmend wichtige Rolle spielen auch Gesundheits- und Fitness-Apps: So nutzen laut Bitkom heute bereits 45 Prozent aller Smartphone-Besitzer Gesundheits-Apps. Nutzer äußern allerdings auch eine merkliche Skepsis gegenüber möglichem Datenmissbrauch.

Vorteil Digitalisierung: Patienten werden mündiger

„Digitalisierung schafft die Voraussetzung für den mündigen Patienten und ermöglicht ein souveränes und selbstbestimmtes Handeln im Gesundheitswesen“, ist Bitkom-Hauptgeschäftsführer Bernhard Rohleder überzeugt. Bürger informieren sich laut Bitkom-Umfrage zunehmend selbst über Gesundheitsthemen (88 %). Mehr als die Hälfte (55 %) nutzt dafür das Internet. Topthema ist „Gesunde Ernährung“, gefolgt von „Krankheitssymptomen“ sowie „Fitness und Sport“. Beliebte Quellen sind allgemeine Gesundheitsportale (51 %), Webseiten von Krankenhäusern (31 %) oder Ärzten (26 %). Knapp zwei Drittel der Befragten (61 %) sagen, dass sie wertvolle Tipps zu Gesundheitsthemen per Internetrecherche erhalten. Fast jeder Zweite meint, dass das Internet zu mehr Selbstbewusstsein gegenüber dem Arzt verhilft. Befragt wurden 1.003 Deutsche ab 14 Jahren.

Arzt-Patienten-Kommunikation wird einfacher

Auch digitale Angebote wie Online-Terminvereinbarung sowie Erinnerung an Termine und Vorsorgeuntersuchungen kommen an: 18 Prozent der Befragten haben bereits online einen Arzttermin vereinbart, 40 Prozent können sich vorstellen, dies künftig zu tun. 14 Prozent werden bereits per SMS oder Mail an Arzt-Termine erinnert, 45 Prozent wünschen sich diesen Service für die Zukunft.

Rund ein Drittel hat Untersuchungsergebnisse wie zum Beispiel MRT-Befunde schon einmal auf CD bekommen, weitere 43 Prozent würden die Resultate künftig gerne in digitaler Form erhalten. „Die digitale Übertragung von Unterlagen erleichtert die Kommunikation zwischen Versicherten, Hausarzt, Facharzt und Krankenhaus und erspart Patienten viele Wege“, so Rohleder.

Elektronische Patientenakte hilft Wege sparen

In ländlichen Regionen herrscht bereits heute Ärzte- und Pflegemangel. Lösungsansätze bietet hier die Telemedizin – unterstützt durch die digitale Patientenakte. Laut Umfrage würden derzeit knapp zwei Drittel (60%) der Deutschen die elektronische Patientenakte nutzen. Darin sollen Daten aus Arztpraxen, Kliniken oder anderen Gesundheitseinrichtungen gespeichert werden.

Online-Sprechstunde: Ambivalente Fernbeziehung

Seit dem 1. April 2017 sind Online-Sprechstunden Teil der vertragsärztlichen Versorgung – und 27 Prozent der Deutschen können sich eine künftige Nutzung vorstellen. Vorteile sind aus ihrer Sicht ein einfacherer Zugang zu weit entfernten Ärzten und entfallende Wartezeiten. Die Online-Sprechstunde wird aber nicht nur positiv gesehen: Immerhin 72 Prozent befürchten Fehlbehandlungen, da die körperliche Untersuchung entfällt, 54 Prozent glauben, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt

und Patient leiden könnte.

Misstrauen beim Thema Datenschutz

Skeptisch sehen die Bürger auch eine telemedizinische Überwachung des eigenen Gesundheitszustands: Nur 31 Prozent finden dies akzeptabel. Beim Telemonitoring werden zum Beispiel Vitalwerte wie Blutdruck oder Blutzucker von Patienten mit Herzerkrankungen oder Diabetes an ein Krankenhaus übermittelt. Medizinisches Fachpersonal prüft diese Daten und benachrichtigt den Patienten bei Unregelmäßigkeiten.

Das Gros der Befragten möchte die Informationshoheit über die eigenen Daten behalten: 74 Prozent wollen selbst kontrollieren, welche Ärzte Zugriff auf ihre digitalen Gesundheitsdaten haben. Das geringste Vertrauen setzen die Bürger in die Krankenkassen: Nur ein Viertel wäre damit einverstanden, dass die eigene Krankenkasse die Gesundheitsdaten kontrolliert.

Ausblick: Transparenz und Augenmaß wichtig

Die Skepsis der Bürger macht deutlich: Wenn die Digitalisierung des Gesundheitswesens gelingen soll, müssen die Patienten mit einbezogen werden, Transparenz ist unverzichtbar. Das äußerten kürzlich auch Experten des „Fachforums Digitalisierung und Gesundheit“, einem Beratungsgremium der Bundesregierung, im Rahmen der Hightech-Strategie-Konferenz in Berlin.

Einen anwendungsbezogenen Blick auf die Folgen der Digitalisierung für unser Gesundheits- und Sozialwesen wirft Professor Tim Hagemann von der FH der Diakonie in Bielefeld in dem von ihm herausgegebenen Sammelband*: So könnten Gesundheits-Apps helfen, selbstgesteckte Ziele bei der Gesundheitsförderung leichter zu erreichen. Die digitalen Helfer ließen sich aber beispielsweise auch von Versicherungen einsetzen, um mangelndes Gesundheitsverhalten zu sanktionieren. Und: Je informierter ein Patient, desto höher seine Selbstverantwortung für die eigene Gesundheit. Ob dieser Zuwachs an Wissen und Selbststeuerungsvermögen allein ausreicht, um die Menschen zu starken Akteuren im Gesundheitswesen zu machen, sei jedoch fraglich.

Gesundheit 4.0, Verbraucherumfrage Telemedizin, hg. vom Digitalverband Bitkom und der Bayrischen Telemed-Allianz, Berlin, März 2017, 18 Seiten, Download.

Weitere aktuelle Untersuchungen:

- *Fachforum Digitalisierung und Gesundheit*
- *Umfrage der Techniker-Krankenkasse zur digitalen Arzt-Patienten-Kommunikation*
- *Umfrage von PwC zur Technisierung der Medizin*

*Literatur-Tipp:

Tim Hagemann (Hg.): „Gestaltung des Sozial- und Gesundheitswesens im Zeitalter von Digitalisierung und

technischer Assistenz“, Nomos-Verlag 2017, 542 Seiten ISBN
978-3-8487-3656-0

Pflege

Pflege-WGs für türkische Migranten: Am liebsten in der Großfamilie

Gekommen, um zu bleiben: Die erste Generation der „Gastarbeiter“ ist im Rentenalter. Ihren ursprünglichen Wunsch, den Lebensabend in der alten Heimat zu verbringen, haben sie irgendwann aufgegeben. Knapp zehn Prozent der über 65-jährigen hierzulande haben einen Migrationshintergrund, Tendenz steigend. Weshalb sich das hiesige Pflegesystem auf einen wachsenden Bedarf an außerfamiliärer Versorgung für diesen Personenkreis einstellen muss. Die Türkeistämmigen mit aktuell gut drei Millionen Menschen sind die größte Einwanderergruppe. Ausgeprägte Familienorientierung und überwiegende Zugehörigkeit zum sunnitischen Islam prägen die Werthaltung dieser Menschen. Wie sollten Wohn- und Pflegekonzepte für diese Senioren aussehen?

Kultursensible Wohn- und Pflegekonzepte

Mit dieser bislang kaum erforschten Frage beschäftigt sich eine Studie, die das Institut Arbeit und Technik (IAT, Hochschule Gelsenkirchen) und das Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI, Essen) für den GKV-Spitzenverband erstellt haben. Im Mittelpunkt stehen kultursensible Pflege- bzw. Demenz-Wohngemeinschaften (WG) als Alternative zu stationären Pflegeeinrichtungen. Eine repräsentative Befragung von mehr als 1.000 über 50-jährigen türkischstämmigen Menschen, dazu biografische Interviews und Gruppendiskussionen, liefern das empirische Material. Relevante Erkenntnisse fließen derzeit in erste Wohnkonzept-Skizzen ein, die zusammen mit den

Migrantengruppen diskutiert werden.

Professionelle Pflege noch wenig bekannt

Ambulante und stationäre Pflegeangebote sind bei älteren Migranten insgesamt erst wenig bekannt. Aber immerhin 30 bzw. 67 Prozent der Befragten wissen, was eine Wohn- oder Hausgemeinschaft für Senioren ist. Mit der Bekanntheit von Mehrgenerationenhaus (24 %) und Betreutem Wohnen (45 %) ist es jedoch nicht weit her. Das immer noch große Vertrauen dieser Zielgruppe in die Versorgung durch die eigene Familie sowie sprachliche Barrieren und die Komplexität des deutschen Pflegesystems wirken hier hemmend. Daher überrascht es auch nicht, dass dieser Personenkreis nur wenig über die Chancen der Barrierefreiheit und den Nutzen altenfreundlicher technischer Hilfsmittel im Alltag weiß. Die Befragten möchten schlicht und einfach in den eigenen vier Wänden alt werden – ein Wunsch, den sie mit der Mehrheitsgesellschaft teilen.

Worauf türkische Senioren Wert legen

Dennoch stellten die Forscher merkliches Interesse an Konzepten professioneller Pflege fest. 30 Prozent der türkischen Migranten hierzulande können sich vorstellen, in einer Wohngemeinschaft zu leben, wenn sie ihren Alltag im eigenen Zuhause nicht mehr bewältigen können. Wichtig sind ihnen professionelle Betreuung, medizinische Pflege und familiäre Wohnatmosphäre. Damit einhergehende Wünsche

gelten der Einbindung in das vertraute Quartier und der Teilhabe am Miteinander der Generationen. Bis dahin wissen sich türkischstämmige Senioren mit ihren deutschen Altersgenossen – bei unterschiedlichen Zustimmungswerten – einig.

Alltag in der WG: Kulturelle Besonderheiten

Darüber hinaus haben sie ganz eigene Vorstellungen von der idealen Wohn- und Pflegesituation, die in ihrer Herkunft begründet sind. Die Studienautoren nennen eine Reihe von wichtigen kultursensiblen Aspekten aus der Befragung, die Interessenten, Investoren und Anbietern eine Entscheidungshilfe geben sollen.

- Die WG sollte als Angebot mit Parallelen zur Großfamilie dargestellt werden, um auch die Angehörigen, die über die Wahl erheblich mitentscheiden, vom sozialen Druck zu entlasten, die Eltern „abzuschieben“.
- Älteren Menschen mit türkischen Wurzeln liegt viel an kultureller und sprachlicher Kompetenz des Personals, selbst wenn sie schon seit Jahrzehnten in Deutschland leben. Diese Erwartung ist vor allem mit Blick auf die beträchtliche Zahl von demenziellen Erkrankungen im hohen Alter zu berücksichtigen.
- In der Wohngemeinschaft sollten Mahlzeiten auch nach traditionellen Vorschriften zubereitet und Feiertage (z. B. Ramadan) eingehalten werden.

- In Gemeinschaftsräumen müssen mitunter auch große Besuchergruppen bei Familienfeiern Platz finden können.
- Vor allem Frauen wünschen oft geschlechtlich getrennte Wohngemeinschaften.
- Streng religiöse orientierte Migranten benötigen einen Gebetsraum in der Wohnung, bzw. einen Gemeinschaftsraum, der auch für religiöse Einkehr genutzt werden kann.
- Wichtig für ein lebendiges WG-Leben ist ein quartiersintegrierter Standort. Die Akzeptanz für diese Wohnform im Alter ließe sich durch die räumliche Anbindung an eine Moscheegemeinde, die auch Betreiber sein könnte, erhöhen.

Grundsätzlich besteht Bedarf an derartigen Angeboten für pflegebedürftige Migranten, „allerdings nur bei langfristiger Verlässlichkeit bzw. öffentlicher Förderung“, resümieren die Studienautoren. Vor allem Pflegediensten, die auf Migranten spezialisiert sind, könnte sich in Kooperation mit Moscheevereinen ein interessantes Betätigungsfeld bieten.

Rukiye Bölük / Christoph Bräutigam / Michael Cirkel, Gemeinsam zuhause? Birlikte evde? Wohnalternativen für pflegebedürftige türkische Migrantinnen und Migranten, hg. vom Institut Arbeit und Technik (IAT) und Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI), Gelsenkirchen 2017, 104 Seiten, [Download](#).

Barrierefreies Bauen: Keine Frage der Kosten, sondern der Konzeption

Teuer, umständlich und wenig imageträchtig, solche Assoziationen scheinen Bauherrn, Architekten und Projektentwicklern mehrheitlich in den Sinn zu kommen, wenn es um es barrierefreies Bauen geht. Einem Bedarf von 4,2 Millionen barrierefreien Wohnungen steht ein Bestand von nur 800.000 Einheiten gegenüber. „Warum es nicht mehr sind, ist völlig unverständlich“, wundert sich Professor Lothar Marx, Architekt, Gutachter und Fachbuchautor im Vorwort einer Vergleichsstudie zu den Kosten von barrierefreier und konventioneller Bauweise. „Denn im Grunde könnten nahezu alle Wohnungen barrierefrei sein.“

Leben in den eigenen vier Wänden

Bodengleiche Dusche, Treppenhandlauf, Aufzug – barrierefreies Bauen ist die Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden. Konsequenter setzt das Versorgungsprinzip „ambulant vor stationär“ darauf. Dass es sich bei diesen Maßnahmen nicht um unerschwinglichen Luxus handelt, gehört zu den zentralen Erkenntnissen der gemeinsamen Studie der Berliner Terragon Investment GmbH und des Deutschen Städte- und Gemeindebunds: „Barrierefreies Bauen ist keine Frage der Kosten, sondern vielmehr der Konzeption und Planung.“

Beispielrechnung mit 140 Kriterien

Die Autoren haben ein Musterprojekt durchgerechnet: den Neubau eines fünfgeschossigen Wohngebäudes in Berlin mit 20 Wohnungen und 1.500 Quadratmeter Wohnfläche. Die Untersuchung kalkuliert 140 Kriterien für barrierefreies Bauen nach DIN 18040-2. Im Mittelpunkt stehen die Kosten der Barrierefreiheit bei Bewegungseinschränkungen. Baumaßnahmen zugunsten von Rollstuhlfahrern (DIN 18040-2R) sowie für seh- und hörgeschädigte Menschen werden größtenteils mitberücksichtigt (ohne technische Hilfsmittel).

Maximale Baukostensteigerung: 1,3 Prozent

Die Studie rechnet zwei Bauvarianten durch und kommt zu dem Ergebnis: „Im Vergleich zu den Steigerungen der Grundstückskosten, Kaufpreise und Grunderwerbssteuer sowie den Einsparmöglichkeiten bei umsichtiger Planung und kluger Auftragsvergabe sind die Mehrkosten für barrierefreies Wohnen vernachlässigbar gering.“

- **Variante 1** ergibt eine Erhöhung der Baukosten von 1,26 Prozent sowie Mehrkosten von 21,50 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche und von 1.613 Euro pro Wohnung (75 Quadratmeter). Die Variante umfasst u. a. Maßnahmen wie ein Horizontal-Schalttableau im Aufzug, Treppenstufen mit kontrastreichem Antirutschprofil, die

Bad-Vorrüstung für Stützgriffe, unterfahrbare Waschtische, bodengleiche Duschtasse und komplett schwellenfreie Balkone.

- **Variante 2** beinhaltet eine im Rahmen der DIN-Vorgaben abgespeckte Barrierefreiheit (z.B. kein Horizontal-Schalttableau im Aufzug, gefliester Duschboden statt Duschtasse, Balkone nicht komplett schwellenfrei). Dabei kommt es zur Erhöhung der Baukosten von 0,54 Prozent sowie Mehrkosten von 9,20 Euro je Quadratmeter Wohnfläche und 690 Euro pro Wohnung (75 Quadratmeter). Je nach Art und Grad der Bewegungseinschränkung reicht diese Basisvariante vollkommen aus.

Mehrkosten nur bei zehn von 140 Kriterien

Das Beispielprojekt rechnet vor, dass nur sehr wenige der in der DIN 18040-2 genannten Kriterien mit Mehrkosten verbunden sind – insgesamt zehn von 140 Kriterien. Allerdings wurden einige kostspielige Maßnahmen barrierefreien Bauens nicht berücksichtigt, da sie bauordnungsrechtlich ohnehin vorgeschrieben sind: zum Beispiel der Aufzug (ab 20.000 Euro) oder eine Rampe für den Zugang zum Gebäude (ca. 9.000 Euro).

Umbau vs. Neubau

Die Studie nennt zwei Vorteile des Neubaus: Barrierefreiheit nach DIN 18040-2 ist hierbei baulich vollständig realisierbar, die

Kosten sind unvergleichlich günstiger als beim Umbau im Bestand. So betragen die durchschnittlichen Aufwendungen für den altersgerechten Umbau im KfW-Programm 19.100 Euro pro Wohnung. Heraus kommt eine Verringerung der Barrieren, keine Barrierefreiheit. Im Neubau belaufen sich die Mehrkosten vollständiger Barrierefreiheit der Wohnung auf 1.600 Euro.

Konzentration aufs Wesentliche

Die Studie empfiehlt Bauherren, den Blick auf Maßnahmen zu richten, die den höchsten Beitrag zur Barrierefreiheit leisten: ein barrierefreier Haus- und Wohnungszugang, barrierefreier Aufzug, geeignete Türen, barrierefreie Bäder mit bodengleicher Dusche sowie ein barrierefreier Zugang zum Balkon. Zur Förderung barrierefreien Bauens solle das KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ auf den Neubau ausgeweitet werden. Demnach könnten 2.500 bis 5.000 Euro pro Wohnung als Zuschuss gewährt werden.

Sämtliche Mehrkosten müssen überdies vor dem Hintergrund des Nutzens barrierefreier Maßnahmen nicht nur bei Bewegungseinschränkungen gesehen werden: Auch Twens mit prall gefüllten Einkaufstaschen nehmen gerne den Aufzug oder schieben den Kinderwagen lieber über eine Rampe, statt ihn die Treppe hochzuhieven. Dabei geht es dann nicht nur um Komfort, sondern auch um eine Wertsteigerung der Immobilie für den Eigentümer.

Barrierefreies Bauen im Kostenvergleich. Eine Analyse notwendiger Mehrausgaben gegenüber konventionellen Bauweisen, von Terragon Wohnbau und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, Berlin 2017, 68 Seiten, [Download](#).

Bildung

Mal eben schnell die Kita leiten?

Die neue Fachkraft einweisen, das pädagogische Konzept überdenken, eine besorgte Mutter beruhigen, den Budgetplan prüfen – alles mal eben schnell zwischendurch. Leitungskräfte von Kitas müssen wahre Tausendsassas sein. Die Art und Weise, wie sie ihre Aufgaben wahrnehmen, bestimmt wesentlich die Qualität der Einrichtung. Doch ausreichend Zeit und spezifische Qualifizierung ist dafür meist nicht vorgesehen, in bundesweit jeder zehnten Kita überhaupt nicht. Kinder und Eltern müssen es ausbaden.

Kita-Leitung: Vernachlässigtes Thema

Die vorliegende Studie der Bertelsmann Stiftung „Qualitätsausbau in KiTas 2017“ sieht das Thema Führung und Leitung in Kitas in der bisherigen Forschung vernachlässigt. Sie gehört zur vierteiligen Schwerpunktreihe „KiTa-Leitung“* und soll folgende Fragen beantworten:

- Wie ist der Status quo der Leitungsausstattung in deutschen Kitas?
- Wie viele Zeitressourcen empfiehlt die Bertelsmann Stiftung, damit jede Kita in Deutschland professionell geleitet werden kann?
- Wie viel zusätzliches Leitungspersonal ist für die Umsetzung dieser Empfehlung erforderlich, und welche Personalkosten entstehen?

Gesucht: 21.800 Leitungskräfte bundesweit

Die aktuelle Untersuchung beklagt einen gravierenden Mangel an Leitungskompetenz im System frühkindlicher Bildung hierzulande. Merklichen Fortschritten der vergangenen Jahre beim Ausbau von Kita-Plätzen und bei der Betreuungsrelation stehe der Mangel von bundesweit rund 21.800 Vollzeitkräften auf der Leitungsebene gegenüber.

Vom Manager zum „Agent of Chance“

Wie kommt diese Bedarfsgröße zustande? Zum einen würdigt die Studie Führung als verantwortliches Handeln, das Zeit, Reflexion und Wertschätzung verlangt. Führen und Leiten sind im Erzieheralltag also nicht „mal eben zwischendurch“ machbar. Diese Aufgaben verlangen auch mehr als das klassische Management wie Organisation, Kontrolle und Planung. Gefragt ist die Gestaltung einer betrieblichen Praxis, die den modernen Erkenntnissen der Frühpädagogik und den hohen Erwartungen von Eltern und Politik an frühkindliche Bildung Rechnung trägt – die Kita-Leitung wird zum „Agent of Chance“.

Rechenmodell für einheitliche Qualitätsstandards

Zum anderen schlagen die Verfasser ein Modell zur Bemessung der zeitlichen Leitungsausstattung in Kitas vor. „Dies könnte

Grundlage einer bundeseinheitlichen Regelung der Zeitbudgets für Leitungsaufgaben sein.“ Für jede Kita wird eine Grundausrüstung von 20 Wochenstunden für Leitungsaufgaben veranschlagt. Hinzu kommt ein variabler Zeitanteil von 0,35 Stunden wöchentlich für jedes rechnerisch ganztags betreute Kind. Für die Umsetzung dieser Empfehlung werden laut Bertelsmann Stiftung besagte 21.800 Vollzeitkräfte in leitender Funktion benötigt.

Von Bundesland zu Bundesland große Unterschiede

„Die Personalkapazitäten für das Führen und Leiten von Kitas sind von Bundesland zu Bundesland höchst unterschiedlich“, konstatiert die Studie. Den Anforderungen des Modells entsprechen lediglich 15 Prozent der bundesweit 51.000 Kitas (ohne Horte). In Hamburg erreichen 50 Prozent der Kitas den Richtwert, in Bayern nur knapp sechs Prozent. Elf Prozent der Kitas verfügen über gar keine Leitungskapazitäten, besagt die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik (2016). In Bremen trifft das auf 28 Prozent aller Kitas zu, in Thüringen und Sachsen-Anhalt jeweils nur auf ein Prozent. Vor allem kleinere Einrichtungen weisen diesen Mangel auf.

Zusätzlicher Finanzbedarf

Die Kosten zur Sicherung eines bundesweit einheitlichen

Leistungsstandards werden in zwei Szenarien berechnet. Werden die zusätzlich benötigten Vollzeitstellen ausschließlich durch pädagogische Leitungskräfte besetzt, entsteht ein zusätzlicher jährlicher Finanzbedarf von rund 1,3 Milliarden Euro bundesweit (Szenario 1); werden 20 Prozent der empfohlenen Leitungsausstattung durch Verwaltungskräfte abgedeckt, fallen zusätzlich rund 1,1 Milliarden Euro an (Szenario 2). In beiden Szenarien wurde der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVÖD SuE bzw. TVÖD VKA) zugrunde gelegt.

Ausblick: Umfassende Stärkung des Leitungshandelns

Mit der personellen Aufstockung alleine ist es nicht getan. Mittels der Projektergebnisse entwickelt die Studie folgende fachpolitische Handlungsempfehlungen:

- Verankerung eines eigenen Selbstverständnisses des Führens und Leitens,
- Sicherstellung von berufsbegleitender Weiterbildung und Beratung,
- Stärkung der Trägerqualität, um unterstützende Strukturen zum Führen und Leiten von Kita zu schaffen,
- Entlastung der Leitungskräfte durch zusätzliche Verwaltungskräfte,
- Verbesserung der zeitlichen Ressourcen für das Führen und Leiten.

Die Schwerpunktreihe „KiTa-Leitung“ und die jetzt vorgelegte Studie sollen nicht nur aufzeigen, unter welchem Druck Kita-Leitungen gegenwärtig stehen, fasst Bildungsexpertin Kathrin Bock-Famulla von der Bertelsmann Stiftung zusammen. Vielmehr komme es darauf an, bei den Akteuren die Bereitschaft zu wecken, die eigene Rolle im System zu reflektieren und sich die Frage zu stellen: „Was kann ich konkret tun und worin kann mein Beitrag liegen, um die Arbeitssituation von Kita-Leitungskräften bzw. meine eigene zu verbessern?“

* In dieser Schwerpunktreihe erschien 2016 die Studie von Iris Nentwig-Gesemann u. a., KiTa-Leitung als Schlüsselposition, Erfahrungen und Orientierungen von Leitungskräften in Kindertageseinrichtungen, 104 Seiten. Sie basiert auf Gruppendiskussionen mit bundesweit 140 Leitungskräften. Näheres siehe BFS-Trendinfo 7/16

Qualitätsausbau in KiTas 2017. 7 Fragen zur Personalausstattung für Führung und Leitung in deutschen KiTas. 7 Antworten der Bertelsmann Stiftung, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, März 2017, 36 Seiten, [Download](#).

Migration

Wie Bundesbürger zu Flüchtlingen stehen

Rund 1,2 Millionen Flüchtlinge kamen in den vergangenen zwei Jahren nach Deutschland. Am Anfang stand eine freudige Willkommenskultur, seither hat sich die Stimmung im Land verändert. Doch was genau ist heute anders und wie geht es weiter? Kann Deutschland die gewaltigen Herausforderungen überhaupt bewältigen? Jeweils eine Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Bertelsmann Stiftung gehen der Thematik nach.

Zwei Studien, zwei Sichtweisen

Beide Studien spiegeln eine deutlich skeptische Sicht der befragten Bundesbürger auf die Probleme der Zuwanderung für die deutsche Gesellschaft wider. Gleichwohl enthält die EKD-Studie eher optimistische Perspektiven der Bewältigung. Während die EKD-Untersuchung gleichgewichtig „Skepsis und Zuversicht“ wahrnimmt, bilanziert die Bertelsmann-Studie kritisch: „Stresstest bestanden, aber Skepsis gegenüber Einwanderung wächst“.

EKD-Studie: „Skepsis und Zuversicht“

Der Untersuchung liegen vier repräsentative Befragungen von zusammen rund 6.000 Teilnehmern zwischen November 2015 und August 2016 zugrunde. Über den gesamten Erhebungszeitraum, so die Autorin, sei die Stimmung nicht „gekippt“, sondern anhaltend ambivalent. „Im westlichen Bundesgebiet tendiert die Stimmungslage leicht zum

Positiven, im östlichen Bundesgebiet überwiegt die Skepsis.“ Zu den positiven Aspekten der Flüchtlingsaufnahme zählen der Studie zufolge humanitäre Hilfe, kulturelle Bereicherung und neue persönliche Sichtweisen – allesamt Vorzüge, die einen eher zuversichtlichen Blick auf die Problembewältigung begründen.

Was den Bürgern Sorgen macht

Unverändert stabil über den Befragungszeitraum hinweg sind jedoch auch die Sorgen der Menschen: um wachsenden Rechtsextremismus (mehr als 80 %), unbezahlbaren Wohnraum (78 bis 79 %), geringe Chancen der Geflüchteten auf dem Arbeitsmarkt (77 %) und eine wachsende Zahl extremistischer Muslime (zwischen 69 und 71 %). Überdies fördert die Wahrnehmung steigender Kriminalität, überlasteter Behörden und Polizei und eingeschränkter Bewegungsfreiheit in bestimmten Vierteln Zweifel an der staatlichen Handlungsfähigkeit. In diesem Zusammenhang kommt auch die Terrorangst zum Tragen. Die Hälfte der Bevölkerung hat Angst vor islamistischen Anschlägen, ergab die Erhebung. Neben aller Zuversicht trübt diese Sorge klar die Einschätzung, ob Deutschland die Herausforderungen des Flüchtlingszustroms bewältigen wird: Angst erzeugt Skepsis.

Bertelsmann-Studie: „Stresstest bestanden, Kratzer bekommen“

Empirische Basis ist die Befragung von gut 2.000 Personen im

Januar 2017. Vorläufererhebungen von 2011, 2012 und 2015 bilden einen längeren Verlauf von Einstellungen als die EKD-Studie ab. Demzufolge zeigt die Willkommenskultur das Land als gereifte Einwanderungsgesellschaft, „aber Einwanderung wird heute kritischer gesehen als in den Befragungen der Jahre 2012 und 2015.“ Vor allem gegenüber Flüchtlingen, weniger gegenüber Einwanderern. Dennoch spricht sich eine konstant große Mehrheit für eine zügige Arbeitserlaubnis (88 %) und erfolgreiche Integration (77 %) von Flüchtlingen aus. Eine wachsende Mehrheit würdigt Zuwanderung in einer alternden Gesellschaft (2017: 64 %; 2015: 60 %) und Fachkräfteanwerbung.

Belastungsgrenze erreicht

Die Gütersloher Erhebung misst anders als die EKD-Studie jedoch einen Meinungsumschwung in puncto Flüchtlingsaufnahme. „Eine knappe Mehrheit der Befragten (54 Prozent) sieht Deutschland an seiner Belastungsgrenze angekommen.“ Vor zwei Jahren waren es erst 40 Prozent. Bei einzelnen Aspekten wie etwa Mehreinnahmen der Rentenversicherung (34 %) und Ausgleich des Fachkräftemangels (41 %) gingen die Zustimmungswerte um rund zehn Prozent zurück. Belastungen für den Sozialstaat (79 %), Konfliktpotenzial (72 %) und Probleme in den Schulen (68 %) werden im Fünfjahresvergleich deutlich negativer bewertet.

Persönlicher Kontakt verändert die Einstellung

Laut EKD-Studie hat das Flüchtlingsengagement (ohne Sach- und Geldspenden) in der Gesellschaft zugenommen (Nov. 2015: 7,3 %; Mai 2016: 8,7 %). Damit stieg auch der Anteil der Menschen mit persönlichen Erfahrungen mit Flüchtlingen. „Herauszustellen ist, dass bei den Befragten mit Kontakt der Anteil der positiven Erfahrungen die negativen um ein Mehrfaches übersteigt.“ Schlussfolgerung: Die genannten Befürchtungen sind nicht entkräftet, begründen aber eine positive Sichtweise auf die Bewältigung der Flüchtlingssituation im Land.

EKD-Studie: Was die Menschen von den Kirchen erwarten

In allen vier Befragungswellen der EKD-Studie sprach sich ein Großteil die Befragten dafür aus, dass sich die evangelischen Kirchen für die Aufnahme der Flüchtlinge einsetzen sollen. Diese Erwartung ging jedoch im August 2016 erstmals von drei Viertel auf zwei Drittel der Befragten zurück. Die Mitglieder beider großen Kirchen hegen den Wunsch, die Verständigung mit nicht-christlichen Religionen voranzutreiben. Allerdings fordert auch eine beachtliche Minderheit von zwei Fünfteln der Befragten eine stärkere Abgrenzung der Kirchen vom Islam. „Die Parteipräferenz für die Alternative für Deutschland (AfD) steigt bei dieser Minderheit um ein Mehrfaches.“

Bertelsmann-Studie: Was jetzt zu tun ist

Drei Aspekte sollten der gewachsenen Skepsis der Bevölkerung Rechnung tragen, schlussfolgert die Studie aus den Befragungen: Fairness innerhalb der EU bei der gleichmäßigen Verteilung von Flüchtlingen; Verbesserung des Asylmanagements etwa bei Registrierung, zentraler Unterbringung und Abwicklung der Verfahren bei Anerkennung bzw. Rückkehr und schließlich mehr Unterstützung der Kommunen bei der Bewältigung der Integrationsaufgaben.

Wertvolle Daten zu den Einstellungen in der Flüchtlingsthematik

Beide Studien geben einen höchst aufschlussreichen Befund, welche Einstellungen die Bevölkerung zur Flüchtlingsthematik hat. Beide Erhebungen belegen eine gewachsene Skepsis, wobei die EKD-Studie einen größeren Optimismus hinsichtlich der gesellschaftlichen Bewältigung zum Ausdruck bringt. Insgesamt erwarten die Bürger, dass Staat, Kommunen und Kirchen entschlossen zur Bewältigung beitragen müssen.

Petra-Angela Ahrens, Skepsis und Zuversicht. Wie blickt Deutschland auf Flüchtlinge? Hg. vom Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD, Hannover 2017, 69 Seiten, [Download](#). Ergebnisse der fünften Befragungswelle (Schwerpunkt: Abschiebung und Zuzug), April 2017, [Download](#).

Bertelsmann-Stiftung, Willkommenskultur im „Stresstest“. Einstellung in der Bevölkerung 2017 und Entwicklungen und Trends seit 2011/2012, Gütersloh 2017, 36 Seiten, [Download](#).

Gesellschaft

Unbezahlte Arbeit ist weiblich

Frauen und Männer arbeiten täglich fast gleich lang (7:44 vs. 7:40 Stunden täglich). Soweit, so gut. Doch sobald das liebe Geld ins Spiel kommt, stellt sich die Sache ganz anders dar. Für einen erheblichen Anteil ihrer Arbeit kennen Frauen keinen Zahltag: beim Einsatz für Haushalt, Kinder und pflegebedürftige Angehörige. Erwerbstätige Frauen arbeiten im Durchschnitt 3:29 Stunden täglich unbezahlt und damit etwa 1,6-mal so viel wie Männer (2:08 Stunden). Höchste Zeit also für eine etwas andere Gerechtigkeitsdebatte, legt eine aktuelle Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung nahe: über die partnerschaftliche Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit.

Mehr als 10.000 Personen befragt

Unbezahlte Arbeit im Geschlechterverhältnis ist immer wieder Gegenstand der Forschung, so erst kürzlich im Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zur Lohn- und Sorge-Lücke. Vorliegender WSI-Report konzentriert sich auf erwerbstätige Personen, die berufliche und häusliche Arbeit vereinbaren müssen. Dabei wird nach Erwerbsumfang (Teil- und Vollzeit) sowie Hausarbeit und Fürsorgearbeit (für Kinder und pflegebedürftige Angehörige) unterschieden. Die Untersuchung gründet auf einer Sonderauswertung des WSI GenderDatenPortals auf Basis einer Erhebung (2012/2013) des Statistischen Bundesamts unter mehr als 10.000 Bürgern.

Frauen arbeiten viel, vor allem unbezahlt

Hausarbeit ist demnach immer noch Domäne der Frauen, selbst wenn sie in Vollzeit tätig sind. Differenziert nach Erwerbsumfang (18 bis 64 Jahre) heißt das: Vollzeitbeschäftigte Frauen arbeiten daheim täglich 41 Minuten mehr als Männer. Teilzeitbeschäftigte Frauen schultern im Vergleich mit teilzeitbeschäftigten Männern täglich eineinhalb Stunden mehr Hausarbeit, im Vergleich mit vollzeitbeschäftigten Männern sogar eine Stunde und 44 Minuten. Anders ausgedrückt: Erwerbstätige Männer verbringen 5:32 Stunden täglich mit bezahlter Arbeit, rund 1,2-mal so viel Zeit wie erwerbstätige Frauen (4:15 Stunden).

Mütter in Teilzeit: 90 Prozent mehr Hausarbeit

Besonders groß ist der Unterschied in Haushalten mit Kindern unter sechs Jahren. Zwar leisten dort Männer, die voll im Job stehen, mit 9:11 Stunden die längste Gesamtarbeitszeit unter ihren Geschlechtsgenossen. Doch nur ein Drittel davon (34 %) entfällt auf unbezahlte Tätigkeiten in der Familie. Mütter in Vollzeitjobs wenden dagegen mehr als die Hälfte ihrer Gesamtarbeitszeit (55 %) dafür auf, teilzeitbeschäftigte Mütter fast 70 Prozent. Mütter in Teilzeit leisten mit zusätzlichen 1:48 Stunden pro Tag rund 90 Prozent mehr Hausarbeit als ihre vollzeitbeschäftigten Männer. „Die Betreuung von Kleinkindern ist also nach wie vor weitgehend Frauensache.“ Ebenfalls

bemerkenswert: Die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern besteht unabhängig vom beruflichen Qualifikationsniveau der Befragten.

Teilzeitbeschäftigte Frauen arbeiten überwiegend unbezahlt

Fast jede zweite Frau hierzulande ist in Teilzeit beschäftigt. Mütter in Vollzeit sind die Ausnahme, während Väter fast ausschließlich in Vollzeit arbeiten. Die Folge: „Für einen Mann, der voll arbeitet, besteht mit 73 Prozent der größte Teil seiner Gesamtarbeitszeit aus bezahlter Arbeit. Eine teilzeitbeschäftigte Frau wird hingegen nur für 43 Prozent ihrer Gesamtarbeitszeit entlohnt und leistet den größeren Teil ihrer Arbeit unbezahlt.“

Vor allem Frauensache: Häusliche Pflege

Neben der Kindererziehung sorgt die Pflege von Angehörigen für eine ungleiche Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit. Mit 2,35 Millionen Pflegenden stellen Frauen fast zwei Drittel aller Personen, die unbezahlte Pflegearbeit leisten – bis zu zwei Stunden täglich. Frauen sind nicht nur häufiger, sondern auch intensiver in die Pflegearbeit eingebunden. „Damit laufen sie (...) Gefahr, ihre Erwerbstätigkeit reduzieren bzw. beenden zu müssen und nur schwer in eine adäquate Erwerbstätigkeit zurückkehren zu können.“

Elternzeit lässt Männer umdenken

Mit 90 Prozent der Elternzeit entfällt auf Mütter der Löwenanteil des Elterngelds. Allerdings beobachten die Studienautoren eine interessante Entwicklung: Der Anteil der Väter am gesamten Elternzeitvolumen nimmt auf niedrigem Niveau langsam zu. 2014 nahmen immerhin 34,2 Prozent der Väter eine (meist kurze) Kinderauszeit, sechs Jahre zuvor waren es nur rund 21 Prozent. Das Elterngeld scheint also bei Männern eine Verhaltensänderung in Richtung einer stärker auf die Familie ausgerichteten partnerschaftlichen Arbeitsaufteilung anzustoßen. „Väter, die drei oder mehr Elterngeldmonate genommen haben, reduzieren besonders häufig anschließend ihre Arbeitszeitdauer (42 Prozent)“, schreiben die Studienautoren.

Das Ziel: Häusliche Arbeit gerechter verteilen

Warum die ganze Diskussion? Alles nur wohlmeinende Verweise darauf, dass das Leitbild partnerschaftlicher Arbeitsteilung noch erhebliche Umsetzungsdefizite hat? Nein, viel mehr. „Problematisch ist die geringere Teilhabe an bezahlter Arbeit vor allem für das individuelle Einkommen, die beruflichen Chancen und die Altersversicherungsansprüche der Frauen“, stellen die Forscher fest. Daher habe eine gerechte Aufteilung unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern hohe Priorität. Ohne in die individuelle Entscheidungshoheit von Paaren einzugreifen, könne der Staat dennoch Anstöße geben. Dazu zähle vor allem

die Förderung der Arbeitsmarktintegration von Frauen und ihre berufliche Gleichstellung. Auch für Männer müsse sich einiges ändern: Betriebliche Personal- und Arbeitszeitregelungen sollten deren Fürsorgeverantwortung stärken. Doch nicht nur Staat und Wirtschaft seien gefragt. Die Veränderung müsse die gesamte Gesellschaft erfassen: Dazu gehöre mehr Wertschätzung von Fürsorgearbeit, verbunden mit veränderten Rollenbildern von fürsorglichen Vätern und berufsorientierten Müttern.

Dietmar Hobler / Christina Klenner / Svenja Pfahl / Peter Sopp / Alexandra Wagner: Wer leistet unbezahlte Arbeit? Hausarbeit, Kindererziehung und Pflege im Geschlechtervergleich. Aktuelle Auswertungen aus dem WSI GenderDatenPortal, April 2017, Reihe: WSI Report, Nr. 35, April 2017. Düsseldorf, 32 Seiten, Download.

Buchempfehlung

Remo H. Largo: Das passende Leben. Was unsere Individualität ausmacht und wie wir sie leben können

S. Fischer Verlag, Frankfurt, 2017, 450 Seiten, 24,- Euro, ISBN 978-3-10-397274-0

Bestseller-Autor Remo H. Largo (73) ist der renommierteste Kinderarzt der Schweiz. Für Eltern, die sein Standardwerk „Babyjahre“ im Bücherregal haben, ist das Grundlagenwerk zur Entwicklung des Kindes in den ersten vier Jahren „die Bibel der Kindererziehung“. Der Entwicklungsforscher hat unzähligen Eltern mit Klassikern wie den Erziehungsbüchern „Kinderjahre“ „Schülerjahre“ oder „Jugendjahre“ zudem nicht nur viele Einsichten geschenkt, sondern auch eine wohlthuende Portion Gelassenheit. Seine Quintessenz lautet stets: Jedes Kind ist anders. Und das ist gut so. Sein neues und letztes Buch hat den vielversprechenden Titel „Das passende Leben“. Mit seiner Forderung nach mehr Platz für wahre Individualität und für neue Lebensformen, um die menschlichen Grundbedürfnisse zu leben, vollendet Remo Largo sein Lebenswerk.

Wer wünscht sich das nicht? Ein perfekt passendes Leben zu führen, im Einklang mit sich und der Umwelt. Sich geborgen und sicher zu fühlen, seine Begabungen adäquat zu entfalten und sinnvolle Leistungen zu bringen. Alle emotionalen und körperlichen Bedürfnisse werden befriedigt, die Existenz ist gesichert und es gibt keine Bedrohung. Das klingt nahezu paradiesisch.

Wir missachten unsere sozialen und emotionalen Bedürfnisse

Eigentlich sind wir gar nicht so weit davon entfernt, behauptet Remo Largo. In hochentwickelten Ländern wie Europa ist der Gesundheitszustand der Bevölkerung so gut wie nie zuvor, die Lebenserwartung hat sich verdoppelt und die Menschen haben Zugang zu guten Bildungssystemen. Es herrscht zudem seit gut siebzig Jahren materieller Wohlstand und Frieden. Trotzdem beobachtet der Entwicklungsforscher ein „diffuses Unbehagen“. Neben drohender Massenarbeitslosigkeit, Sinnentleerung der Arbeit und Verlust kultureller Werte macht der Wissenschaftler vor allem „die Missachtung der emotionalen und sozialen Bedürfnisse“ dafür verantwortlich. „Wir müssen uns immer wieder aufs Neue als Partner und Arbeitskraft bewähren und laufen ständig Gefahr, aus allen Beziehungen herauszufallen und sozial zu vereinsamen.“

Was vielen fehlt ist Miteinander, Solidarität oder funktionierende soziale Strukturen. Der Schriftsteller lebt in dem kleinen Dorf Uetliburg im Kanton St. Gallen und verlässt die vertraute Umgebung nur ungern, wie er im Gespräch mit der Autorin gesteht. Dort habe er alles, was ihm gut tut.

Erlaubt die Wirtschaft überhaupt noch, ein selbstbestimmtes Leben zu führen?

Das Ringen um das passende Leben hört für Remo Largo im Grunde nie auf. Im Gegenteil. Mittlerweile fühlen sich Menschen jeden Alters zunehmend fremdbestimmt und können immer weniger ein Leben führen, das ihren individuellen Bedürfnissen entspricht. Allein der permanente Versuch, ein verlässliches und tragfähiges Beziehungsnetz zu bilden, überfordert immer mehr Menschen, stellt der Autor fest. „Wir sind das ganze Leben bemüht, in Übereinstimmung mit der Umwelt zu leben“, sagt Remo Largo in „Sternstunden der Philosophie“ im Schweizer Fernsehen (SRF). „Das lässt sich nicht delegieren, das muss jeder für sich selber lösen.“ Dafür gibt es kein allgemeingültiges Konzept. Was den Autor viel mehr umtreibt, ist die Frage: „Erlauben die Gesellschaft und die Wirtschaft überhaupt noch, ein selbstbestimmtes Leben zu führen?“

Sechs Grundbedürfnisse bestimmen unser Leben

Der Kinderheilkundler begründet ausführlich und lesenswert, weshalb für ihn die Lösung eine neue Art des solidarischen Zusammenlebens ist, die er am Ende des Buches

erläutert. Oberste Prämisse ist: Ein Leben zu finden, dass zu dem Mensch und seinen Bedürfnissen als einzigartiges Lebewesen passt. Davon ist der Entwicklungsforscher zutiefst überzeugt.

Nichts leichter als das, denkt man beim Lesen, wenn da nicht die kollektive Normierung wäre, wie der Autor es nennt. Die verträgt sich nur bedingt mit der unendlichen Vielfalt der Menschen. Remo Largo analysiert beeindruckend, was unsere Individualität ausmacht und wie wir sie leben können müssen. Dazu gehören für ihn lediglich sechs Grundbedürfnisse, wie Geborgenheit, Anerkennung oder Leistung. Um Herauszufinden, wie man tickt, welche Bedeutung die persönliche Stellung einnimmt, was einen antreibt, gibt es im letzten Teil des Buches eine gute praktische Anleitung. „Die wenigsten tun das gern, weil sie Angst haben, sich festzulegen. Und weil es schwer fällt, Grenzen zu akzeptieren“, so der Mediziner im SRF.

Es gibt keinen Königsweg

Auch in seinem neuen Buch „Das passende Leben“ verrät Remo Largo keinen „Königsweg“. Der Professor plädiert – wie in all seinen Büchern – vielmehr für ein besseres Verständnis von kindlichen Entwicklungsprozessen. Den Schlüssel für dieses Buch habe er in den Kindern gefunden. Wie sich Kompetenzen wie Selbstentfaltung oder körperliche Integrität entwickeln, entscheidet sich maßgeblich in der Kindheit. Für den Wissenschaftler ist das Leben im Grunde eine individuelle

Herausforderung, für die es keine allgemeingültigen Regeln gibt. Vielmehr beschreibt der Entwicklungsforscher wie schwer es ist, nicht nur die eigenen individuellen Eigenarten anzunehmen und damit in der Welt zu bestehen, sondern auch die der anderen. „Wir denken und handeln, als ob wir alle gleich wären, alle die gleichen Bedürfnisse hätten und alle das Gleiche leisten könnten. Dem ist aber ganz und gar nicht“, schreibt der Autor im Vorwort. Vielfalt und Individualität sind für den Kinderheilkundler „Grundvoraussetzung allen Lebens“.

Seine Normalität heißt Vielfalt

Sein neuestes Buch bezeichnet Remo Largo als „sein Lebenswerk“. Der Kinderarzt, der sich selbst als „Getriebenen“ bezeichnet, will auf gar keinen Fall eine Art Ratgeberonkel sein. Auch wenn sich der Vater von drei Töchtern und vierfache Großvater als „Anwalt der Kinder“ versteht, geht es in allen seinen Büchern nie nur um Kinder. Es geht immer auch um die Gesellschaft: Wie wird Arbeit und Familienleben organisiert? Wie ist die Haltung, mit der wir Kindern begegnen? Der Schweizer Kinderarzt will Verständnis wecken, weshalb Menschen so sind wie sie sind. Seine Normalität heißt Vielfalt. „Eltern sollen ihre Kinder so nehmen, wie sie sind, ihnen Geborgenheit spenden und sie möglichst individuell fördern. Doch leider werden bereits die Kleinsten immer öfter zu Opfern einer anonymisierten Leistungsgesellschaft“, so der Autor.

Kinder wollen sich mit all ihren Fasern selbst entwickeln

Auch in seinem letzten Buch schreibt der Bestsellerautor wieder über ein großangelegtes Forschungsprojekt. Begonnen wurde es 1954 am Kinderhospital Zürich, Remo Largo hat es von 1974 bis zu seinem Ruhestand 2005 fortgeführt. „Ein Privileg“ nennt der Wissenschaftler die renommierten Zürcher Longitudinalstudien, bei denen er mehr als 700 normal entwickelte Kinder von der Geburt bis ins Erwachsenenalter in zwei aufeinanderfolgenden Generationen begleitet hat. Deren motorische und sprachliche Entwicklung hat er in den 70er Jahren sogar schon mit Videoaufnahmen festgehalten. Es gab kein Verhalten, keine körperliche und psychische Eigenschaft, die bei allen Kindern gleich ausgeprägt war. Mit Statistiken und Schaubildern erläutert der Autor sein Credo: Kinder wollen sich mit all ihren Fasern selbst entwickeln.

Selbstwirksamkeit heißt: Ich kann auf dieser Welt etwas bewirken

Weil Eltern klare Vorstellungen davon haben, wie die Kinder in Zukunft sein sollen, überfrachten sie den Nachwuchs mit ihren Karriereplänen und Leistungsansprüchen. Seit der Industrialisierung kommt die Schule mit ihrem Disziplinierungsauftrag hinzu. So wird die Ausformung der eigenen Persönlichkeit massiv gehemmt. Remo Largo ist sich sicher: Wenn sich jedes Kind dagegen nach seinen individuellen Bedürfnissen und Begabungen entwickeln könnte,

würde auch die Gesellschaft am meisten davon profitieren. Selbstwirksamkeit ist gemeint und damit das Gefühl „Ich kann auf dieser Welt etwas bewirken“. Remo Largo beobachtet aber mit Sorge, dass es kaum noch Raum für wahre Individualität gibt, in der sich jeder Mensch zum Unikat entwickeln kann. Solche Bedürfnisse entsprechen nicht mehr den modernen Lebensformen.

Das Fit-Prinzip beruht auf einer ganzheitlichen Sichtweise

In zehn Kapiteln belegt Remo Largo ausführlich, weshalb das passende Leben „eine Herausforderung ist, die uns ein Leben lang auf Trab hält“. Der Forscher nennt es das Fit-Prinzip. Gemeint ist keine weitere verschwurbelte Wunschvorstellung eines in die Jahre gekommenen Wissenschaftlers. Es geht ihm um eine ganzheitliche Sichtweise. Remo Largo versucht, dem Menschen in seiner Einzigartigkeit und in seinem Bemühen um ein selbstbestimmtes Leben möglichst nahe zu kommen. Der Kinderarzt schlägt den Bogen über die Menschheitsgeschichte bis zu aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen. Für den Autor sollte sich auch eine gute Politik an den Grundbedürfnissen der Menschen orientieren. Dazu braucht es für Remo Largo so etwas scheinbar Altmodisches wie die solidarische Lebensgemeinschaft, die der Staat vehement fördern sollte. Gemeint sind gemeinschaftliche Aktivitäten wie Stadtgärten

genauso wie generationsübergreifende Wohnprojekte. „Gegenseitiges Geben und Nehmen und gemeinsame Interessen sind die Klammern, die das Gemeinwesen zusammenhalten.“

Fazit

„Das passende Leben“ ist eine Anthropologie, eine Lehre vom Menschsein und von seiner Entwicklung, die man nur schwerlich nebenbei lesen kann. Hochkonzentriert entfaltet sich auf 450 Seiten die jahrzehntelange Erfahrung des Entwicklungsforschers und Kinderarztes. Wer sich auf Remo Largo und seine liebevolle Neugierde auf Kinder einlässt, lernt unglaublich viel über die Fehlentwicklungen der aktuellen anonymen Massengesellschaft und über sich selbst. Und weshalb es so mühsam ist, sein eigenes passendes Leben selbst zu gestalten. Remo Largo ermutigt, sich auf den Weg zu machen. Und keine Angst vor Veränderungen zu haben.

Weitere Artikel über Remo Largo:

- *Remo Largo, Welches Leben passt zu mir?, SRF vom 21.05.2017*
- *Das Kind weiß genau, was es werden will, FAZ vom 19.05.2012*

Impressum

Verlag/Herausgeber:

Bank für Sozialwirtschaft AG
Konrad-Adenauer-Ufer 85
50668 Köln
Telefon 0221 97356-237
Telefax 0221 97356-479

www.sozialbank.de

Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), s.bauer@sozialbank.de, Eva
Richter
Maicke Mackerodt, info@mackerodt.de, www.rhein-reden.de
(Buchempfehlung)

ISSN: 1869-7631

Erscheinungsweise: monatlich